

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Dr. Dietmar Bartsch, Roland Claus, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Alexander S. Neu und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 18/700, 18/702, 18/1023, 18/1024, 18/1025 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014
(Haushaltsgesetz 2014)**

**hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Name Kissinger steht maßgeblich für eine geostrategisch motivierte aggressive Außenpolitik, expansive exterritoriale Aktivitäten des US-Geheimdienstes CIA, die Unterstützung gewaltsamer Regime Changes und völkerrechtswidrige Invasionen. Die Bereitstellung von Mitteln des Bundesministeriums der Verteidigung zur Einrichtung einer „Henry-Kissinger-Professur für Internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung“ bedeutete die Anerkennung einer Politik der regionalen Destabilisierung, der Völkerrechtsverletzungen und des Primats der Gewalt in den internationalen Beziehungen. Haushaltsmittel des Bundes für die Einrichtung einer solchen Professur können und dürfen daher nicht zur Verfügung gestellt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die finanzielle Beteiligung an der Einrichtung einer Henry-Kissinger-Stiftungsprofessur für Internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung an der Universität Bonn zu streichen.

Berlin, den 23. Juni 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

